



4. Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung - Antrag der FDP, Herrn Dreeskornfeld vom 21.07.2018  
Vorlage: A 2018 0654
5. Straßenausbaubeiträge für Eigenheimbesitzer/innen mit kleinem Budgets abschaffen, ohne Erhöhung der Grundsteuer; Antrag des Herrn Fleischmann, DIE LINKE vom 10.08.2018  
Vorlage: A 2018 0665
6. Einrichtung einer saisonalen Fußgängerzone - Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2018  
Vorlage: A 2018 0779
7. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
- 7.1. Lichtsignalanlagen in Burgdorf  
Vorlage: F 2019 0797
8. Anregungen an die Verwaltung  
Einwohnerfragestunde

#### Öffentlicher Teil

#### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Plaß**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Herr Arand lässt sich entschuldigen.

#### **Beschluss:**

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

#### **2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr am 06.12.2018**

---

Herr Apel ist zur Abstimmung über das Protokoll noch nicht anwesend.

#### **Beschluss:**

Das Protokoll zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr vom **06.12.2018** wird mit 8 Ja-Stimmen einstimmig genehmigt.

#### **3. Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters vor.

**4. Aufhebung der Straßenausbaubeitragsatzung - Antrag der FDP, Herrn Dreeskornfeld vom 21.07.2018  
Vorlage: A 2018 0654**

---

**Herr Plaß** verweist auf den Vortrag von Herrn Dr. von Waldthausen. In der gemeinsamen Sitzung mit dem A-HFV wurde am 15.01.2019 vereinbart, dass zunächst in den Fraktionen zu dem Thema diskutiert wird. Erst danach sollte im Ausschuss weiter beraten werden.

**Herr Morich** lobt den Vortrag in der letzten Sitzung. Es muss noch einiges zu dem Thema besprochen werden.

Auch **Frau Frick** fühlt sich durch den Vortrag gut informiert, so dass das Thema nun in den Fraktionen vorbereitet werden kann, um im Ausschuss entsprechend behandelt zu werden.

**Beschluss:**

Der Antrag auf Aufhebung der Straßenausbaubeitragsatzung wird in eine der nächsten Ausschusssitzungen vertagt.

**5. Straßenausbaubeiträge für Eigenheimbesitzer/innen mit kleinem Budgets abschaffen, ohne Erhöhung der Grundsteuer; Antrag des Herrn Fleischmann, DIE LINKE vom 10.08.2018  
Vorlage: A 2018 0665**

---

**Herr Fleischmann** trägt seinen Antrag vor. Gerade für Familien und Rentner soll die Straßenausbaubeitragsatzung (Strabs) aufgehoben werden, ohne die Grundsteuer zu erhöhen.

Er schlägt vor, dass der Beitrag statt dessen in das Grundbuch eingetragen wird und erst zur Zahlung kommt, wenn das Haus verkauft wird. Alternativ ist eine Bedürftigkeitsuntersuchung durchzuführen, um in Einzelfällen den Beitrag zu erlassen.

**Herr Baxmann** bedauert, dass Herr Fleischmann zum Vortrag von Herrn Dr. von Waldthausen nicht anwesend war. Seine Fragen hätte er mit dem Anwalt besprechen können.

**Herr Lentz** stellt sich die Frage, was im Erbfall mit dem im Grundbuch eingetragenen Beitrag passieren soll. Diese Variante muss ebenfalls bedacht werden.

**Herr Fleischmann** berichtet, dass in anderen Städten so verfahren wird und es auch funktioniert. Zumindest ein Erlass sollte in Einzelfällen möglich sein.

**Herr Baxmann** erläutert, dass sich die Teilnehmer der gemeinsamen Ausschusssitzung einig sind, dass nach einer sozial verträglichen Lösung gesucht werden soll.

**Herr Plaß** fasst zusammen, dass auch der Antrag von Herrn Fleischmann im

gesamten Komplex besprochen werden soll und somit ebenfalls vertagt wird.

### **Beschluss:**

Der Antrag von Herrn Fleischmann wird in eine der nächsten Ausschusssitzungen vertagt.

## **6. Einrichtung einer saisonalen Fußgängerzone - Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2018 Vorlage: A 2018 0779**

---

**Frau Frick** teilt mit, dass in ihrer Fraktion der Antrag erst in der nächsten Woche besprochen wird. Daher schlägt sie vor, den Antrag zu vertagen.

**Herr Baxmann** berichtet, dass sich die Verwaltung bereits Gedanken gemacht hat, die vorgestellt werden sollen. Das dient auch den Fraktionen für die weitere Diskussion.

**Herr Herbst** erläutert, dass die Einrichtung einer Fußgängerzone bereits thematisiert wurde. Die damalige Präsentation wurde aktualisiert und wird von Frau Frommelt vorgetragen (**Anlage 1** zum Protokoll).

**Frau Frommelt** teilt mit, dass die Umgehungsstraße 2010 fertiggestellt wurde. In dem Zuge wurde der Stadtstraßenumbau beschlossen, wie er sich heute darstellt. Bereits Ende 2016 wurden in einer Einwohnerversammlung verschiedene Varianten vorgestellt, mit dem Ziel, die Verkehrszahlen weiter zu reduzieren.

**Frau Frommelt** sagt, dass die damalige Variante 3d zum aktuellen Antrag passt und geht auf die Vor- und Nachteile dieser Variante ein. Zu bedenken gibt sie, dass die Einbahnstraßen, die an die Marktstraße grenzen, beachtet werden müssen. Diese sollten durch eine Fußgängerzone nicht zu Sackgassen werden.

Wichtig ist zudem, dass weiterhin der Busverkehr durch die Marktstraße fahren muss. Dies könnte man durch Poller, ähnlich wie in der Moorstraße, gewährleisten. Auch Liefer- und Anliegerverkehr müssen zu bestimmten Zeiten ermöglicht werden.

Problematisch sieht **Frau Frommelt** die saisonale Beschränkung. Es kommt zur Verunsicherung der motorisierten Verkehrsteilnehmer. Verkehrswidriges Einfahren in die Fußgängerzone, im Schatten der Busse, ist nicht auszuschließen.

**Herr Morich** findet, dass man eine Fußgängerzone versuchsweise einrichten sollte. Nur so kann man feststellen, ob die Einrichtung sinnvoll ist. Seiner Meinung nach wird der Einzelhandel sein Umsatzniveau halten.

**Herr Apel** warnt eindringlich vor der Einrichtung einer Fußgängerzone. Auch von einem Versuch rät er dringend ab. Die Verbraucher gewöhnen sich schnell an die neue Situation und kommen dann nicht wieder zurück.

**Herr Baxmann** schlägt vor, dass man alle Vor- und Nachteile betrachten sollte und sich daraus eine Meinung bildet.

**Frau Frommelt** berichtet vom Ergebnis der damaligen Einwohnerversammlung. Es wurde vereinbart, dass kein Umbau stattfinden sollte. Auch an der Verkehrslenkung sollte nichts geändert werden. Gewünscht wurden sichere Querungsmöglichkeiten, die in Form von Fußgängerüberwegen inzwischen auch geschaffen wurden.

**Herr Apel** teilt mit, dass an einer Einwohnerversammlung in der Regel die betroffenen Anlieger sowie die Geschäftsleute teilnehmen. Anlieger der Marktstraße benötigen aber kein Auto, um in die Nähe der Geschäfte zu kommen. Man sollte aber auch die Wünsche der Einwohner aus den Ortsteilen bedenken. Diese kommen meist mit dem Auto in die Innenstadt und möchten auch möglichst dicht an den Geschäften parken. Er ist der Ansicht, dass eine lebendige Innenstadt mit einer Fußgängerzone in Burgdorf nicht möglich ist. Eine Einkaufsstadt ohne Autos gibt es nicht.

**Herr Morich** kann sich dieser Meinung nicht anschließen. Er befürwortet den Versuch und auch die Bürger würden dies seiner Ansicht nach begrüßen.

**Herr Scholz** stellt über das Protokoll als **Anlage 2** ein Diskussionspapier zur Verfügung, welches er anhand einer IHK-Studie erstellt hat. Dabei hat er die Erfolgsfaktoren der IHK auf Burgdorf angewendet. Problematisch für Burgdorf ist, dass sich die Stadt Hannover, das A2-Center und auch Celle in der Umgebung befinden. In Burgdorf gibt es ausreichend Parkplätze, allerdings spielt es eine Rolle, wo sich die Parkmöglichkeiten befinden.

Mit dem Einzelhandel hat ein Gespräch stattgefunden. Dort wurde auch der Vorschlag zur saisonalen Fußgängerzone diskutiert, mit dem Ergebnis, dass dieser Vorschlag eher kontraproduktiv ist. Durch den Innenstadumbau mussten die Geschäfte Umsatzeinbußen hinnehmen. Diese sind noch nicht in allen Geschäften wieder eingeholt. Daher wünschen die Geschäftsleute derzeit keine Veränderung in der Marktstraße.

**Herr Baxmann** fasst zusammen, dass es das Ziel sein muss, die Erreichbarkeit mit der Aufenthaltsqualität in Einklang zu bringen. Bei diesem Thema müssen auch die Einzelhändler gehört und berücksichtigt werden. Ob der Antrag zielführend ist, bleibt fraglich, gerade auch, weil der Busverkehr weiterhin fahren wird.

Zu klären ist ebenfalls, ob man ehrenamtlich über den Zeitraum von 3 Monaten ein entsprechendes Programm betreuen kann. Seiner Meinung nach wird das höchstens an den Wochenenden gelingen.

**Frau Frick** stimmt zu, dass ein solches Vorhaben nur mit der Zustimmung der Einzelhändler und Anlieger gelingen kann. Seit der letzten Einwohnerversammlung 2016 haben schon einige Veränderungen auf der Marktstraße stattgefunden. Dienstleister sind anstatt Einzelhändler in Geschäfte eingezogen. Sie schließt aber auch nicht aus, dass aus der Diskussion heraus noch ganz andere Möglichkeiten entstehen.

**Die Ausschusmitglieder sind sich darüber einig, dass sich die anwesenden Herren Bleich und Polch direkt zu dem Thema äußern sollen.**

**Herr Polch** ist der Meinung, dass die Herren Apel und Scholz schon einige Argumente gegen die Einrichtung einer Fußgängerzone vorgetragen haben. Dem kann er nur zustimmen. An einem „normalen“ Tag möchte der Kunde in der Regel nicht „flanieren“.

**Herr Bleich** findet es gut, dass sich Gedanken über die Zukunft gemacht

werden. Die Zeiten sind für den Einzelhandel, gerade durch den Online-Handel, nicht perfekt. Die Einzelhändler haben sich aufgrund des Antrages mit dem Stadtmarketingverein zusammengesetzt. Es werden viele Probleme gesehen, gerade auch von den inhabergeführten Geschäften.

In Bezug auf die Programmgestaltung weist er darauf hin, dass 3 Monate nicht zu leisten sind. Allein für die 6 Aktionstage, die im Jahr geplant werden, ist es schon sehr schwer, ausreichend Akteure zu finden.

Man muss nicht unbedingt eine Fußgängerzone als Veranstaltungsfläche haben. Es gibt auch noch andere Möglichkeiten, wie zum Beispiel den Spitta-platz, den man dafür nutzen kann.

**Herr Plaß** fasst abschließend zusammen, dass das Thema weiter diskutiert werden muss. Er schlägt daher vor, den Antrag entsprechend zu vertagen.

**Herr Baxmann** ergänzt, dass man zu gegebener Zeit ggfs. auch zu einer erneuten Einwohnerversammlung einladen könne.

### **Beschluss:**

Der Antrag zur Einrichtung einer saisonalen Fußgängerzone in der Marktstraße wird in eine der nächsten Ausschusssitzungen vertagt.

## **7. Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

---

### **7.1. Lichtsignalanlagen in Burgdorf Vorlage: F 2019 0797**

---

**Herr Kirstein** bedankt sich im Namen von Herrn Nijenhof für die ausführliche Beantwortung der Anfrage.

## **8. Anregungen an die Verwaltung**

---

**1. Herr A. Meyer** verweist auf eine Information zum K+S Werk in Salzgit-ter. Dieses wurde mit Asse-Wasser geflutet und soll nun voll sein. Er erkun-digt sich, ob das Asse-Wasser nun in Wathlingen zur Flutung genutzt werden soll. **Herr Herbst** antwortet, dass diese Frage an die Umweltschutzabteilung weitergeleitet wird.

#### Nachrichtlich über Protokoll:

*Die Anregung wurde an die Umweltschutzabteilung weitergeleitet. Herr Fre-richs hat eine entsprechende Anfrage an das Nds. Umweltministerium sowie das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie gestellt. Sobald Antwor-ten vorliegen, wird die Information weitergeleitet.*

**2. Herr Plaß** erkundigt sich, ob es neue Informationen über den Verkauf des alten FTZ-Geländes gibt. **Herr Scholz** antwortet, dass er nur den Sach-stand kennt, über den auch in der Zeitung berichtet wurde. Aktuellere In-formationen liegen ihm nicht vor. Es ist auch eine Angelegenheit der Region.

**3. Herr Plaß** berichtet, dass sich seine Fraktion mit dem Thema „Sicherheit im Straßenverkehr“ beschäftigt hat. Dazu wurden auch diverse Orte im Stadtgebiet angeguckt. Als Gefahrenpunkt wird die Osttangente im Bereich der Kurve/ Höhe Kläranlage gesehen. Er erkundigt sich, ob dieser Bereich von der Verwaltung schon mal betrachtet wurde.

**Herr Herbst** antwortet, dass es hier bisher keine Überlegungen seitens der Verwaltung gibt. Es gibt an der Stelle keinen erhöhten Querungsbedarf und auch die Verkehrsbelastung ist nicht besonders hoch. Es handelt sich um eine Strecke außerorts, die gut einsehbar ist. Ob die Beleuchtung dort ausreichend ist, könnte man prüfen.

**Frau Frick** ist der Meinung, dass es dort punktuell sehr wohl viele Querungen gibt. Wenn man sich mit dem Rad auf der Mittelinsel befindet, ist das Sichtfeld durch die vorhandenen Schilder eingeschränkt. Vielleicht besteht die Möglichkeit, diese zu versetzen.

**Herr Plaß** teilt mit, dass dieses Thema vielleicht in Form eines Antrages aufbereitet wird.

Nachrichtlich über Protokoll:

*Eine Beleuchtung ist derzeit im Bereich der Querungshilfe nicht vorhanden. Da sich der Bereich außerhalb der geschlossenen Ortslage befindet, wird dort derzeit keine Notwendigkeit für eine Beleuchtung gesehen. Im Rahmen des Neubaus für den Bauhof/Gärtnerbauhof wird sich das Verkehrsaufkommen in diesem Bereich erhöhen, so dass dann auch eine Erweiterung der Beleuchtungsanlage geprüft wird.*

**4. Herr Plaß** informiert, dass die Leuchte im Bereich der Querung zur Auffahrt auf die B443/Schillerslager Landstraße ausgetauscht wurde (Bezug: Vorlage A 2018 0679 und 0679/1). Ein Unterschied ist zu erkennen und er bittet die Ausschussmitglieder darum, sich die Situation vor Ort anzugucken, da diese Vorlagen auch in diesem Ausschuss wieder auf die Tagesordnung kommen.

### **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin

